

15.10.04**Beschluss****des Bundesrates**

Übereinkommen über nukleare Sicherheit**Bericht der Regierung der Bundesrepublik Deutschland für die Dritte Überprüfungstagung im April 2005**

Der Bundesrat hat in seiner 804. Sitzung am 15. Oktober 2004 beschlossen, zu dem Bericht wie folgt Stellung zu nehmen:

1. Der Bundesrat ist der Auffassung, dass die in dem Bericht dargelegte Politik des unwiderruflichen Ausstiegs aus der Nutzung der Kernenergie in Deutschland falsch ist. Die nachhaltige Sicherung der Energieversorgung erfordert im Gegenteil einen technologieoffenen Energiemix unter Einschluss der Kernenergie. Diesen Anforderungen hätte sich der Bericht stellen müssen.
2. Der Bundesrat stellt fest, dass in den Bericht auch bereits solche Vorhaben und zukünftige Aktivitäten aufgenommen worden sind, für die die notwendigen Beteiligungen der Länder noch nicht abgeschlossen sind. Er fordert die Bundesregierung auf, durch ein geeignetes Verfahren sicherzustellen, dass auf der Überprüfungstagung nur solche Vorhaben und Aktivitäten berichtet werden, für die die notwendigen Länderbeteiligungen abgeschlossen sind. Dieses betrifft insbesondere Aktivitäten zu Fragen der Unabhängigkeit der atomrechtlichen Behörden, der Reform der Atomverwaltung, der Alterung, der probabilistischen Sicherheitsüberprüfung, neuer Verpflichtungen der Betreiber zur vorübergehenden Einstellung des Anlagenbetriebes und zur Aufstellung des kerntechnischen Regelwerks.

3. Im Übrigen weist der Bundesrat darauf hin, dass Teilaussagen des Berichts nicht mehr den aktuellen Stand wiedergeben. So sind beispielsweise die Analysen zu einigen Vorkommnissen in den letzten Jahren sowie deren Umsetzung zwischenzeitlich weiter fortgeschritten.
4. Die Bundesregierung wird im Rahmen der Kompetenzerhaltung aufgefordert, ihre Bemühungen nicht nur auf die Aufstellung eines Aus- und Weiterbildungskonzeptes zu begrenzen. Es ist wichtig, dass der Technikbereich Kernenergie nicht öffentlich verteufelt wird, sondern dass für eine Ausbildung im Sinne einer Zukunftsperspektive geworben wird. Nur in einem Klima des Vertrauens auf die Zukunft wird ein junger Mensch sich für Kerntechnik interessieren und engagieren.

Begründung:

Es ist richtig, dass die Regierung verstärkt Nachwuchskräfte schulen will. Dies setzt aber voraus, dass es Nachwuchs im Bereich der Kerntechnik gibt. Durch eine Verteufelung dieses Technikbereiches schreckt man Jugendliche ab, ein Studium bzw. eine Ausbildung in diesem Bereich aufzunehmen (z.B. stark gesunkene Studentenzahl FH Aachen, Abteilung Jülich).

Auch für den geplanten Ausstieg aus der Kernenergie werden Techniker in der Wirtschaft, aber auch bei den jeweiligen Genehmigungsbehörden - die bereits jetzt schon an Überalterung bzw. Personalmangel leiden - benötigt. Dies muss verstärkt in die Betrachtungen mit einfließen, z. B. auch in die bereits jetzt schon knapp bemessenen Finanz- und Personalplanungen.